

Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, FDP/JF (Francesca Chukwunyere, GFL/Therese Streit, EVP/Vivianne Esseiva, FDP): Gesamtschau der mannigfaltigen Integrationsangebote als staatliche Aufgabe definieren (2022.SR.000190)

In der Stadtratssitzung vom 28. Oktober 2022 wurde der als Motion eingereichte Vorstoss von den Motionärinnen in ein Postulat gewandelt und durch den Stadtrat erheblich erklärt:

In der interfraktionellen Interpellation zur Reorganisation des Kompetenzzentrums Integration im 2021 wurde der Gemeinderat unter anderem gefragt, ob es eine Gesamtschau zu allen im Bereich Migration/Integration tätigen Organisationen und deren Aufgaben, Angeboten und Finanzierung gebe.

In seiner Antwort hält der Gemeinderat dazu fest, dass es diese nicht gebe und er eine solche auch nicht für sinnvoll hält.

Im Rahmen einer Auftragsarbeit für die AKiB hat die isa-Fachstelle Migration eine nicht abschliessende Zusammenstellung der in diesem Bereich in Bern und Agglomeration tätigen Trägerschaften erstellt. Die Liste beinhaltet 117 verschiedene Trägerschaften mit mehr als 270 Angeboten. Gleichzeitig wird festgestellt, dass es viele Doppelspurigkeiten in den Angeboten gibt und andererseits fast alle Organisationen über mangelnde Finanzierung/Ressourcen klagen und darüber, dass die Nachfrage das Angebot übersteige.

Aus dieser Perspektive liegt der Rückschluss nahe, dass eine bessere Koordination zur Vermeidung von Doppelspurigkeiten beitragen könnte und eine Bündelung der Angebote einerseits dazu beitragen würde, das Angebotsspektrum übersichtlicher für die Benutzer*innen zu gestalten und die vorhandenen knappen Mittel effizienter und zweckmässiger einzusetzen. Das für eine solche Koordinationsstelle eingesetzte Geld käme so der Migrationsbevölkerung in doppelter Weise zugute.

Nur eine staatliche Stelle hat die institutionelle Macht, die Informationen über diese Angebote in allen Trägerschaften einzufordern und eine entsprechende Liste zu erstellen, die Angebote zu vernetzen und Doppelspurigkeiten wo möglich zu vermeiden. Auch eine gewisse Kontrollfunktion über die Inhalte und Motivation für die Angebote ist nur über eine staatliche Stelle machbar.

Die Stadt Bern hat als Stadt der Nachbarschaften und Partizipation ein grosses Interesse daran, die rund 25% der Bevölkerung, welche nicht über einen Schweizer Pass verfügt, besser zu inkludieren.

Forderung

Der Gemeinderat wird beauftragt, das Aufgabenprofil der Fachstelle für Migrations- und Rassis-musfragen um die Koordination der diversen und vielfältigen Integrationsangebote in der Stadt Bern zu erweitern und entsprechende Ressourcen dafür bereit zu stellen oder diese Aufgabe an eine geeignete Stelle per Leistungsauftrag zu vergeben.

Diese Koordination muss folgende Themen beinhalten:

1. Führen einer Liste sämtlicher Integrationsangebote aller Trägerschaften (staatliche, private, kirchliche usw.) in der Gemeinde Bern, die allen Anbietern zur Verfügung steht.
2. Vernetzung derselben untereinander
3. Soweit möglich Vermeidung von Doppelspurigkeiten

Minimale Qualitätskontrolle auch in Bezug auf die Motivation der Trägerschaften

Erstunterzeichnende: Francesca Chukwunyere, Therese Streit-Ramseier, Vivianne Esseiva

Bericht des Gemeinderats

Das vorliegende Postulat zielt darauf ab, eine Übersicht über die Angebote im Integrationsbereich zu schaffen (1) und diese für die Trägerschaften zwecks Orientierung bei der Konzeption neuer Angebote zur Verfügung zu stellen. Zusammen mit einer besseren Vernetzung der Akteur*innen (2) sollen damit Doppelspurigkeit vermieden werden. Schliesslich fordern die Postulantinnen eine Qualitätskontrolle der Angebote (3). Der Gemeinderat nimmt zu den drei Forderungen wie folgt Stellung:

Zu Punkt 1:

Der von den Postulantinnen erwähnte Bericht im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen Region Bern (AkiB) enthält eine Liste mit allen im Raum Bern tätigen Organisationen, welche Integrationsangebote im weitesten Sinne für Migrant*innen anbieten. Die Liste beinhaltet mehr als 110 Angebote von kirchlichen, staatlichen und privaten Anbietenden. Diese Zusammenstellung gibt aus Sicht des Gemeinderats einen guten Überblick über die Angebotslandschaft. Zurzeit ist die Erhebung nicht zur Publikation gedacht. Sollte sie von der AkiB publiziert werden, kann diese Publikation über städtische Kommunikationskanäle zugänglich gemacht werden.

Die in der Liste genannten Angebotsbereiche bieten vielfältige Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen mit Migrationshintergrund und tragen zur Förderung von Integration, Chancengleichheit und sozialer Teilhabe bei. Als Angebote werden Organisationen und teilweise einzelne Projekte genannt. Die Angebote richten sich an unterschiedliche Zielgruppen wie Kinder, Erwachsene, ältere Personen und sowohl an Personen im Asylbereich als auch im regulären Migrationsbereich. Sie sind teilweise offen für alle Bevölkerungsgruppen, einschliesslich Personen ohne Migrationserfahrung. Der Bericht verdeutlicht, wie vielfältig und umfassend das Angebot im Raum Bern ist.

Einen Überblick über die Angebote bietet auch die kantonale Webseite, die im August 2023 aktualisiert und neu aufgeschaltet worden ist (<https://integrationsangebote.apps.be.ch/de/>). Auf dieser Webseite sind aktuell über 80 Angebote aufgeschaltet, es kommen laufend weitere Angebote von Leistungsvertragspartnern des Kantons dazu. Eine hohe Zahl (ca. 300) an Angeboten findet sich auch auf der Webseite Ukraine Hilfe Bern (<https://www.ukraine-hilfe-bern.ch/angebote>). Die Webseite des Vereins dient nicht nur als Plattform für Hilfsangebote an ukrainische Geflüchtete, sondern zeigt auch ein breites Spektrum von Integrationsangeboten auf. Von Beratungsstellen und rechtlicher Unterstützung in sozialen Angelegenheiten, über Angebote und Dienstleistungen im Bereich Gesundheit und medizinische Versorgung bis zu Angeboten für den Sprachunterricht und Übersetzung finden sich dort viele weitere Informationen.

Der Gemeinderat erachtet die Forderung der Postulantinnen mit der kantonalen Website als erfüllt. Eine Auflistung von Angeboten im Integrationsbereich durch die Stadt Bern ist aus Sicht des Gemeinderats nicht zielführend. Zudem ist das Angebotsumfeld sehr dynamisch – eine regelmässige Aktualisierung einer solchen Liste wäre sehr zeitaufwendig und mit erheblichen Kosten verbunden.

Zu Punkt 2:

Die Forderung der Postulant*innen hinsichtlich der Vernetzung der Akteur*innen im Integrationsbereich erachtet der Gemeinderat als wichtig. Durch den Aufbau und die Stärkung von Netzwerken können relevante Informationen, Erfahrungen und Ressourcen effektiver geteilt werden. Dies ermöglicht eine flexiblere und effizientere Unterstützung für die Migrationsbevölkerung und fördert die synergetische Nutzung vorhandener Angebote.

Die Stadt Bern trägt mit den Angeboten der Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen (FMR) bereits heute zur Vernetzung von verschiedenen Trägerschaften bei resp. fördert deren Austausch untereinander:

- Mit der Austauschsitzung Migration besteht eine Fachveranstaltung, die dem Austausch unter Fachpersonen im Migrationsbereich dient. Die Veranstaltung wird von der FMR im Turnus mit der isa – Fachstelle Migration durchgeführt und setzt sich zweimal im Jahr schwerpunktmässig mit einem relevanten Thema auseinander. Hier werden wichtige Akteur*innen und Angebote eingeladen, aktiv oder als Gäste teilzunehmen und sich mit dem jeweiligen Thema zu beschäftigen und sich mit anderen Fachpersonen zu vernetzen.
- FMR steht in Kontakt mit verschiedenen Organisationen, die über Angebote für die Migrationsbevölkerung verfügen. FMR unterhält zudem mit dem Newsletter und einer Online-Agenda ein digitales Angebot: Der Newsletter erscheint fünf- bis sechsmal im Jahr und enthält aktuelle Angebote, Projekte und wichtige Themen für die Migrationsbevölkerung. In ihrer Agenda führt FMR auch Veranstaltungen und Weiterbildungsangebote anderer Stellen auf. Diese können sich direkt bei FMR melden und Angebote platzieren.

Dennoch ist der Bedarf nach Austausch und Vernetzung nicht vollständig gedeckt. Folgende Möglichkeiten bestehen für eine Stärkung der Vernetzung resp. für die Förderung des Austauschs:

- Stärkung der Vernetzung im digitalen Bereich: Das Newsletter-Angebot von FMR und die Online-Agenda können optimiert resp. ausgebaut werden, beispielsweise indem die Organisationen ein- bis zweimal im Jahr einen Aufruf erhalten und aktiv eingeladen werden, Veranstaltungen und Weiterbildungsangebote in der Online-Agenda zu publizieren.
- Aufbau eines Fachnetzes mit den wichtigsten Akteur*innen: Hier könnten die wichtigsten Akteur*innen aus dem Integrations- und Migrationsbereich der Stadt Bern zu einem niederschweligen Austausch eingeladen werden. Die Sitzung könnte einmal im Jahr stattfinden und einen Austausch bieten. Die Organisationen können ihre Angebote untereinander vorstellen und sich vernetzen. Auf diese Weise könnten Angebote besser aufeinander abgestimmt werden.
- Aufbau einer Austausch- und Weiterbildungsplattform: Mehr inhaltliche Tiefe und Kontinuität bieten könnten halbjährliche, inhaltlich kuratierte Veranstaltungen, die allen Anbietenden im Migrations- und Integrationsbereich eine Bühne für die Präsentation ihrer Angebote und den Austausch untereinander ermöglichen. In Form von Workshops, Diskussionsrunden und Vorträgen könnten bewährte Methoden und Projektideen geteilt und Möglichkeiten zur Zusammenarbeit erörtert werden. Dabei entstehen nicht nur wertvolle Netzwerke, sondern auch Erkenntnisse für die Arbeit zu den Themen Migration, Rassismusprävention und Diversität. Sie würde den Akteur*innen eine gemeinsame Basis bieten, um Informationen über ihre Angebote auszutauschen und mögliche Lücken in der Versorgung zu erkennen und eine gemeinsame fachliche Basis zu schaffen. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Trägerschaften ihre Angebote dadurch auch optimieren könnten.

Leistungsvertrag: Wie weiter oben aufgezeigt, werden bereits heute verschiedene Leistungen im Bereich Vernetzung durch diverse Akteur*innen erbracht (Kanton, FMR, Fachstelle isa, etc.). Für den Gemeinderat steht eine Optimierung/Stärkung der verschiedenen Angebote im Vordergrund. Eine Übertragung der Vernetzungsaufgabe an eine dritte/externe Partnerin durch einen Leistungsvertrag ist auch auf Grund der angespannten finanziellen Lage der Stadt Bern nicht angezeigt.

Zu Punkt 3:

Hinsichtlich der Steuerung und Qualitätskontrolle von Angeboten privater Trägerschaften, mit denen keine Leistungsverträge bestehen, ist der Handlungsspielraum des Gemeinderats sehr klein. Er hat keine gesetzliche Grundlage, Informationen einzufordern oder Qualitätskontrollen vorzu-

nehmen. Die Schaffung der erwähnten Plattform mit regelmässigen Veranstaltungen könnte jedoch einen positiven Beitrag zur Qualitätskontrolle leisten. Die Plattform könnte als freiwilliges Instrument dienen, um den privaten Trägerschaften Unterstützung und Orientierung in Bezug auf Qualitätsstandards zu bieten. Durch den Austausch und die Vernetzung könnten bewährte Methoden identifiziert und gemeinsame Qualitätskriterien entwickelt werden.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Umsetzung von Massnahmen zur Stärkung des Austauschs resp. zur besseren Vernetzung von Akteur*innen im Integrationsbereich ist teilweise mit Kosten verbunden. Die Verbesserung resp. Überprüfung der aktuell bestehenden Gefässe ist mit den vorhandenen Mitteln möglich. Die weiter oben beschriebenen Massnahmen im digitalen Bereich sind ohne Zusatzkosten und mit den aktuellen personellen Ressourcen umsetzbar. Ein Aufbau eines Fachnetzes mit den wichtigsten Akteur*innen bindet vor allem in einer Aufbauphase personelle Ressourcen und ist mit Ausgaben (ca. Fr. 4 000.00 jährlich) verbunden. FMR wird prüfen, ob der Aufbau eines Fachnetzes mit bestehenden Ressourcen möglich ist. Nicht ohne zusätzliche finanzielle und personelle Mittel möglich wäre der Aufbau einer Austausch- und Weiterbildungsplattform – hier wird mit Sach-, Honorar- und Personalkosten von rund Fr. 35 000.00 jährlich gerechnet. Die Umsetzung dieser Massnahme wird auf Grund der finanziellen Rahmenbedingungen nicht weiterverfolgt.

Bern, 20. September 2023

Der Gemeinderat